

IBB – GBB – DBB.

Die Etablierung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in der DDR und in den neuen Bundesländern (1989-1991)

Walter Schmitz

In der Chronik zur Verbandsgeschichte des dbb heißt es lapidar: „Am 25. September 1990 vereinigt sich in einer Festveranstaltung in der Kongresshalle am Alexanderplatz in Ost-Berlin der Gewerkschaftsverband Beamtenbund (GBB) der DDR mit dem DBB. [...] Auf der Sitzung des DBB-Bundeshauptvorstandes am 3. Mai 1991 in Saarbrücken werden die neu gegründeten Landesbünde Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen feierlich in den DBB aufgenommen. Die Mitgliederzahl erreicht die Millionenhöhe.“¹ Diesem Zusammenschluss waren sowohl in der sich neu entwickelnden freien Gewerkschaftsbewegung der DDR als auch in den Entscheidungsgremien des dbb schwierige organisatorische, personelle und programmatische Weichenstellungen und Grundsatzentscheidungen vorangegangen, die bis heute Organisationsstruktur und Selbstverständnis der Gewerkschaft prägen.² Ein Rückblick verdeutlicht dreierlei: Die ersten Initiativen

1 Siehe dazu auf der Homepage des dbb beamtenbund und tarifunion (www.dbb.de) unter dbb den Seitenlink „Chronik“. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 793.607 (1989) über 997.702 (1990) auf 1.053.001 (1991). Die Zuwächse wurden ganz überwiegend im sogenannten Beitrittsgebiet erzielt. Siehe dazu: Grafik zur Mitgliederentwicklung des dbb 1951 bis 2009, Handakten der dbb-Bundesgeschäftsstelle, GB 6, Mitgliederstatistiken. Im Rahmen der gewerkschafts- und verbändegehistorischen Forschung ist die Entstehung und Entwicklung von Beamtenorganisationen in der DDR 1989/1990 und in den Anfangsjahren der neuen Bundesländer bislang nicht aufgegriffen worden. Gleichwohl sind die im dbb-Geschäftsbereich Kommunikation (GB 6) sowie in der Bibliothek der dbb-Bundesgeschäftsstelle in Berlin vorhandenen Drucksachen (Geschäftsberichte, Zeitschriften, Flugblattsammlungen etc.) für Dokumentations- und Forschungszwecke auf Anfrage frei zugänglich.

2 Der „dbb beamtenbund und tarifunion“ vollzog seinen Namenswechsel auf dem Gewerkschaftstag 1999. Ferner etablierte er gleichzeitig ein visuelles Neukonzept, das die Kleinschreibung des Namens vorsieht. Bis zu diesem Zeitpunkt firmierte „die Spitzenorganisation der Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors in Deutschland“ (dbb-Satzung § 1, in: Statutensammlung 2008, hrsg. von der Bundesleitung des dbb, Berlin 2008, S.8) unter dem Namen DBB Deutscher Beamtenbund. Die zum dbb gehörenden Gewerkschaften des privaten Dienstleistungssektors umfassen ausschließlich die vom Staat in die Privatwirtschaft ausgegliederten Organisationsbereiche Bahn, Post und Telekom. Der Namenszusatz ist etwas irreführend, weil der dbb nie Beschäftigte aus Industrie und Wirtschaft, sondern ausschließlich aus

zur Zusammenarbeit und zum späteren Zusammenschluss gingen von Einzelpersonen aus Ostberlin aus; die Idee, das Berufsbeamtentum in der DDR zu etablieren, löste eine Bürgerbewegung aus; der dbb konnte die sich dann in der DDR gründenden Beamten-Organisationen in den Dachverband integrieren und seine Organisationsstruktur auf alle 16 Bundesländer ausdehnen.³

Der zentrale Staatsapparat der DDR war überbesetzt. Dem letzten Ministerrat vor der Wende gehörten beispielsweise 44 Mitglieder an, die Ministerien oder Ministerien gleichgesetzten Kommissionen mit entsprechenden Mitarbeiterstäben vorstanden.⁴ 860.000 Mitglieder zählte allein die „Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft“, zu der auch die Beschäftigten der Parteien und Massenorganisationen, der Hochschulen und der wissenschaftlichen Einrichtungen gehörten, zu Wendezeiten immer noch. Das allein waren – so der Ostberliner Journalist Hannes Bahrmann in einem Artikel über Behördenabbau und Verwaltungsreform⁵ – über zehn Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Was mit überzähligen oder Stasi-belasteten Beschäftigten geschehen würde, wie sich die Verwaltung und, davon abhängig, die Strukturen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung neu formieren würden – auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitglieds-gewerkschaften sowie andere Verbände dehnten ihre Organisationen nach dem Fall der Mauer nach Ostdeutschland aus – war zu Beginn des Jahres 1990 noch durchaus offen.⁶

dem öffentlichen Dienst organisiert hat. Im Folgenden wird, außer in Zitaten und zeitge-nössischen Hinweisen, die Bezeichnung dbb verwendet.

3 Siehe dazu die Bilanz zur Wendezeit, die der damalige dbb-Bundesvorsitzende Werner Hagedorn in einem Gespräch mit der Monatszeitschrift des dbb aus Anlass des 20. Jah-restages der Wiedervereinigung gezogen hat, in: dbb magazin, 2010, Nr. 10, S.26f.

4 Siehe dazu DDR-Lexikon, Artikel „Ministerrat“ mit den entsprechenden Namenslisten, www.ddr-wissen.de. Ferner dazu das Interview mit Ministerialdirektor Wighard Härdtl, Leiter der Arbeitsgruppe im Bundesinnenministerium „Staatsstrukturen und öffentliche Ordnung“, in: Der Beamtenbund. Monatszeitschrift für den öffentlichen Dienst, 1990, Nr. 4, S.3f.

5 Siehe Hannes Bahrmann: Was wird aus uns? Stimmen und Stimmungen im Verwal-tungsapparat der DDR, in: Der Beamtenbund, 1990, Nr. 1, S.16f.

6 Zur Wendezeit organisierten neben den dbb- und DGB-Gewerkschaften unter anderem auch der Marburger Bund, der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) oder die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Siehe Martin Eitel: Die Ungleichbehandlung der repräsentativen und nicht repräsentativen Gewerk-schaften durch den Staat (Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht, Bd. 108), Berlin 1991, S.32f.

Propst Dr. Hans-Otto Furian vom Konsistorium in Berlin (Ost) der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg erklärte noch Anfang Januar 1990 auf der Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb in Bad Kissingen, dass nicht objektiv vorausgesagt werden könne, ob der Erneuerungsprozess in der DDR zum Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten oder zu einer erneuerten DDR in Europa führen werde.⁷

Der dbb teilte zu diesem Zeitpunkt diese Zweifel bereits nicht mehr. Nach ausführlichen Analysen der Ereignisse um den Mauerfall und der möglichen staatsrechtlichen Konsequenzen durch die Juristen der damaligen Bundesgeschäftsstelle des dbb in Bonn ging die gewerkschaftliche Spitzenorganisation von einem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der Einführung westlicher Verwaltungsstrukturen einschließlich der Institution des Berufsbeamtentums aus.⁸ Der dbb hat von vornherein diese auch von der Bundesregierung favorisierte Lösung unterstützt und gefördert, weil es unter diesen Voraussetzungen gelingen würde, „auch im Gebiet der DDR eine freie gewerkschaftliche Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes einzurichten und zugleich Ziele, die der DBB in seinen eigenen Grundsatzprogrammen verankert hat, nämlich den Aufbau einer rechtsstaatlichen öffentlichen Verwaltung, als deren Garant das Berufsbeamtentum gilt, in der DDR aufzubauen.“⁹

Der dbb stellte Planüberlegungen an, wie die Organisationsstruktur des Beamtenbundes mit Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften¹⁰ für den öffentlichen Dienst in der DDR etabliert werden konnte. Zur Erörterung dieser Fragen traf sich am Vorabend der Kissinger Tagung eine unter Vorsitz des Berliner dbb-Vorsitzenden Egbert Jancke gebildete Arbeitsgruppe, um einen „Fahrplan“ zu entwerfen, bereits geknüpfte Kontakte in die DDR zu vertiefen und konkrete Projekte für eine part-

7 Siehe Bericht über die Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des dbb in Bad Kissingen 1990, in: *Der Beamtenbund*, 1990, Nr. 2, S.2, 16; sowie Christoph Links/Hannes Bahrmann: *Wir sind das Volk*, Weimar 1990. Bei Links/Bahrmann heißt es in der Chronik unter dem 17. Dezember, dass sich in Meinungsumfragen (noch) 73 Prozent der Befragten für eine selbstständige DDR ausgesprochen hätten.

8 Siehe Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, hrsg. von der Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes, Düsseldorf 1995, S.52f. Die Stellungnahmen der dbb-Juristen flossen ein in Informationsmaterial, das später vom IBB verwendet worden ist. Siehe unter anderem Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer, DBB-Aktuell, Januar 1990, Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, GB 6, Drucksachen 1990/91.

9 Siehe ebenda, S.50.

10 Zur Organisationsstruktur des Beamtenbundes zu Beginn der Neunzigerjahre siehe ebenda, S.50f.

nerschaftliche Zusammenarbeit abzustecken. Der damalige dbb-Bundesvorsitzende Werner Hagedorn erläuterte die Grundhaltung seiner Organisation: „Der DBB will mit den Gewerkschaften in der DDR Partnerschaft ohne Bevormundung, signalisiert offene Arme ohne Umarmung und wird diesen in Kissingen abgesteckten Kurs halten, wenn sich jetzt auf DDR-Seite die Strukturen und Personen zeigen, die freie Gewerkschaften und Gewerkschaftspluralismus garantieren.“¹¹ Mit dieser Strategie, die Selbstentscheidung des Einzelnen für eine Mitgliedschaft entweder in einer dbb- oder in einer konkurrierenden Gewerkschaft zu akzeptieren, wollte der dbb auch eine Gegenposition zum DGB einnehmen, dessen Mitgliedsgewerkschaften, beispielsweise im Hochschul- und Lehrerbereich, Beschäftigte in den neuen Ländern angeschrieben und mitgeteilt hatten, dass ihre bestehenden Gewerkschaftsmitgliedschaften auf die entsprechenden DGB-Gewerkschaften übertragen werden könnten und nichts weiter unternommen werden müsse. Verunsicherte Beschäftigte, die zum Teil erwogen hatten, künftig gar nicht weiter gewerkschaftlich organisiert zu bleiben, wandten sich in dieser Frage an den dbb und baten um Informationen. Der dbb betonte in seinen Antworten, dass jedwede Mitgliedschaft in Organisationen, seien es Gewerkschaften, Parteien oder Vereine, freiwillig sei. Es ist nicht auszuschließen, dass die Mitgliederverluste der DGB-Gewerkschaften in den Neunzigerjahren auch eine Folge dieses Übernahmeangebots darstellen, das viele verunsicherte Betroffene zunächst aus Informationsdefiziten angenommen haben, dann aber ausgetreten sind.¹²

Die dbb-Arbeitsgruppe kam überein, die anstehende Gründung eines „Interessenverbandes Beamtenbund der DDR“ (IBB), der dafür eintrat, ein Beamtenverhältnis im öffentlichen Dienst der DDR einzuführen, zu

11 Bericht über die Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des DBB in Bad Kissingen 1990, in: Der Beamtenbund, 1990, Nr. 2, S.16f.

12 Der damalige dbb-Bundesvorsitzende Werner Hagedorn bemerkt dazu im dbb magazin, 2010, Nr. 10, S.26: „Vom FDGB und mit Verlaub – auch von seinem selbst ernannten Nachfolger DGB, der die Leute einfach übernehmen wollte, hatten sie [gemeint sind die Beschäftigten aus allen Verwaltungsbereichen – W.S.] die Nase voll.“ Zur Entwicklung der Mitgliederzahlen siehe die ausführlichen und kommentierten Übersichten zur Mitgliederentwicklung von dbb, DGB und ihrer Fachgewerkschaften bei Berndt K. Keller: Arbeitspolitik im öffentlichen Dienst. Ein Überblick über Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen (Gelbe Reihe, Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderbd. 36), Berlin 2010, S.69- 84. 1990/91 stiegen die Mitgliederzahlen des DGB stark an, nahmen dann aber kontinuierlich wieder ab.

unterstützen.¹³ In den wenigen Wochen nach der Kissinger Tagung und vor dem Gründungskongress des IBB am 24. Februar 1990 in Ostberlin trafen sich Protagonisten beider Seiten regelmäßig im Osten wie im Westen Berlins und formulierten gemeinsam einen Satzungsentwurf, eine Geschäftsordnung sowie eine programmatische Erklärung des neuen Interessenverbandes, in der unter anderem für Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit sowie die Herstellung der „staatlichen Einheit der deutschen Nation“ eingetreten wird.¹⁴ Die IBB-Satzung wurde mithilfe des damaligen dbb-Justiziaris und -Bundesgeschäftsführers, Gerd Eßer, äußerst knapp formuliert. In nur 20 Paragraphen (acht Druckseiten DIN A 5) wurden die vereinsrechtlichen, organisatorischen und inhaltlichen Grundlagen für die künftige Arbeit niedergelegt.¹⁵ Die Initiatoren des „DDR-Beamtenbundes“ waren Helmut Dähncke und Dr. Matthias Renger, beide Mitarbeiter im „Investitionsapparat“ des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der DDR, die zunächst in ihrem unmittelbaren Beschäftigungsumfeld nach Gleichgesinnten suchten und eine Bürgerbewegung anstießen, die sich bald auf die gesamte DDR ausweitete. Fingierte „Dienstfahrten“ machten es möglich, dass Dähncke sich frei bewegen und für seine Idee werben konnte.¹⁶ Bereits Ende Dezember 1989 hatten sich mehrere Tausend Interessenten „postlagernd“ –

13 Siehe dazu Neues Deutschland. Sozialistische Tageszeitung, 18.1.1990. Unter der Überschrift „Initiative für die Gründung eines DDR-Beamtenbundes“ berichtete die Zeitung: „Für einen Beamtenstatus der Mitarbeiter der Staats- und Kommunalorgane der DDR setzt sich eine in Berlin neu gegründete Bürgerinitiative ein. Sie vertritt die Auffassung, daß der politische Pluralismus in der DDR eine stabile Verwaltung benötigt.“

14 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 2, S.1; sowie Bericht über die ersten Kontakte Janckes zu den IBB-Gründern, in: Der Beamtenbund, 1990, Nr. 3, S.16f.

15 In Paragraph 2 „Grundsätze und Aufgaben“ hieß es: „Der Interessenverband ‚Beamtenbund der DDR‘ ist eine Berufsvertretung von Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes und strebt die Schaffung eines gesetzlichen Beamtenstatus auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses an. Der Interessenverband ‚Beamtenbund der DDR‘ bekennt sich zur Gewährleistung der sozialen Rechte für alle Mitglieder der Gesellschaft. Sein Ziel ist es, jederzeit eine stabile und demokratische Verwaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu sichern. Der Interessenverband ‚Beamtenbund der DDR‘ fordert eine auf das soziale Gemeinwohl ausgerichtete Gesetzgebung und darauf aufbauende parteipolitisch unabhängige Dienstaussübung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.“ Original-Druckexemplar der IBB-Satzung, 8 Seiten, o.O., o.J., in: Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, Berlin, GB 6, Drucksachen 1990/1991.

16 Siehe dazu insgesamt die teils idealisierende Darstellung Dähnckes über die Gründungsphase des IBB in der DDR, die der Verfasser vorwiegend aus subjektiver Erinnerung und nur unter gelegentlicher Verwendung der zugänglichen Quellen, u. a. in der Bibliothek der dbb-Bundesgeschäftsstelle in Berlin, verfasst hat: Helmut Dähncke: Aus eigenem Entschluss. Zur Geschichte des Beamtenbundes in den neuen Ländern, Rostock 2008, S.20.

das Postfach hatte der Handwerker Knut Reimann¹⁷ zur Verfügung gestellt – aus allen Verwaltungsbereichen bei Dähncke und Renger gemeldet. Mit diesem Mitgliederpotenzial im Rücken suchten sie den ersten Kontakt zum dbb-Landesbund Berlin (West). Anfang Januar 1990 standen beide unangemeldet bei Egbert Jancke vor der Tür, um sich über Satzung, Aufbau, Arbeitsweise und Beitragserhebung einer Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst zu informieren. Nach einiger Verwunderung über ihren spontanen Besuch in der Geschäftsstelle und ihr für ihre Herkunft doch ziemlich untypisches Ansinnen – ein Berufsbeamtentum hatte es in der DDR nicht gegeben – erhielten sie vom Berliner Landesvorsitzenden Egbert Jancke alle Informationen, die sie benötigten.¹⁸

Am Gründungskongress des IBB im Saal der Kongresshalle am Alexanderplatz in Ostberlin nahmen am 24. Februar 1990 rund 400 Staatsbeschäftigte teil, die den Beamtenstatus anstrebten und gewerkschaftlich dem dbb beitreten wollten. Sie waren von gleichgesinnten Arbeitskolleginnen und -kollegen als Vertreter ihrer Interessen als Delegierte akklamiert worden. Der dbb, als Hüter des Berufsbeamtentums bekannt, schickte prominente Vertreter und demonstrierte damit öffentlich die Anerkennung und Unterstützung der Bewegung: Neben dem Bundesvorsitzenden Werner Hagedorn nahmen der stellvertretende Bundesvorsitzende Heinz Ossenkamp sowie der Vorsitzende der damaligen dbb-Tarifgemeinschaft Karl-Heinz Baetge teil. Ferner waren die Vorsitzenden der Zollgewerkschaft (BDZ) Richard Müller, der Polizeigewerkschaft (DPolG) Benedikt Gregg, der Verwaltungsgewerkschaft (DVG) Karl-Heinz Baum sowie die Landesbundvorsitzenden Valentin Schiedek (Hamburg), Martin Wurm (Baden-Württemberg) und Egbert Jancke (Berlin) vertreten.

Die zwischen IBB und dbb geknüpften Kontakte zeitigten inhaltlich und organisatorisch auf dem Gründungskongress ihre Ergebnisse: Die neu gewählten Bezirksvorsitzenden wurden mit Zehntausenden von Mitgliedsausweisen ausgerüstet; Flugblätter, Infomaterial und Einladungen zu Versammlungen wurden gedruckt und – vorwiegend per Hand – in allen Verwaltungsbereichen weit verteilt.¹⁹

17 Auf dem Gründungskongress am 24.2.1990 hatte Knut Reimann, ein Schulfreund Dähnicks, deshalb das erste Wort: „Hier kennt mich keiner, aber jeder kennt mein Postfach.“ *Der Beamtenbund*, 1990, Nr. 4, S.16.

18 Siehe Dähncke, *Aus eigenem Entschluss*, S.25.

19 Siehe *Der Beamtenbund*, 1990, Nr. 4, S.16; dazu als Beispiel eines „IBB-Aktuell“ die Einladung zu einer Informationsveranstaltung am 11.4.1990 in den Hörsaal-Komplex der Karl-Marx-Universität Leipzig zum Thema „Warum müssen die Beschäftigten in den

Auch die inhaltlichen Vorarbeiten und Absprachen führten zu konkreten Resultaten. Der Satzungsentwurf wurde ebenso von den Delegierten mit klaren Mehrheiten verabschiedet wie die Beitragsordnung, die als Aufnahmegebühr zehn Mark vorsah und den Monatsbeitrag je nach Nettoverdienst zwischen fünf und zehn Mark staffelte.²⁰ Nach Grußworten von Parteien und politischen Gruppierungen kam in der öffentlichen Veranstaltung des Gründungskongresses auch der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Wolfgang Warburg, zu Wort, der die Gründung von Gewerkschaften außerhalb des DGB als unsolidarisch ablehnte. Die Anwesenden hätten eine Solidaritätspflicht, in der die ÖTV und alle anderen DGB-Gewerkschaften stehen würden. Diese Aussage stand allerdings im Widerspruch zu dem in der Bundesrepublik geltenden Prinzip des Gewerkschaftspluralismus, aufgrund dessen es neben den DGB-Gewerkschaften stets eine Fülle von Organisationen für bestimmte Berufs- und Interessengruppen gab und gibt.²¹

Warburgs weiterer Hinweis, der Beamtenstatus lasse überdies infolge des fehlenden Streikrechts keine wirksame Interessenvertretung zu, überzeugte die Anwesenden ebenfalls nicht. So fiel die Resonanz auf seine Rede eher zurückhaltend aus: Die Delegierten im Saal wollten auf das Streikrecht verzichten, nicht aber auf die berufliche Sicherheit durch den Beamtenstatus und deshalb keine Mitgliedschaft im DGB, der dem Berufsbeamtentum stets ablehnend gegenübergestanden hatte. Der dbb bot ihnen die Gewähr, ihre Bemühungen zur Einführung des Berufsbeamtentums im Beitrittsgebiet zu unterstützen.²² Der DGB und seine Mitgliedsge-

Hochschulen und Verwaltungen der DDR Beamte sein?“ Original exemplar in: Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, Berlin, GB 6, Drucksachen 1990/1991. Ebenda ein sechsseitiger Flyer mit integrierter Postkarte als Beitrittserklärung oder zur Abforderung von ausführlichem Infomaterial unter der Überschrift: „Für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst – für Verfassungstreue und Rechtsstaatlichkeit – IBB“. Der dbb wandte sich auch direkt mit Infomaterial an die Staatsbediensteten der DDR und informierte mit Hinweis auf den IBB über das Berufsbeamtentum und die Grundlagen einer unabhängigen Verwaltung. Siehe dazu u. a. das Flugblatt „Die Bürger der DDR haben Anspruch auf eine bürgernahe Verwaltung“, Original exemplar in: Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, GB 6.

²⁰ Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 4, S.16.

²¹ Siehe dazu die Liste der wichtigsten Gewerkschaften und Verbände in: Albert Oeckl: Taschenbuch des öffentlichen Lebens in Deutschland 2011, 60. Jg., Bonn 2011, S.784-850.

²² Dähncke erklärte kurze Zeit später in einem Interview, dass die DGB-Positionen „völlig unserem Empfinden widersprachen. Der Wunsch der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und der kommunalen und staatlichen Verwaltungen nach Unabhängigkeit von

werkschaften waren bereits in der Bundesrepublik für die Abschaffung des Berufsbeamtenstatus und für die Einführung eines Einheitsdienstrechts eingetreten, wobei sie sich aber mit ihren Vorstellungen nicht hatten durchsetzen können.²³

Aus welchen DDR-Gewerkschaften die weiterhin im Amt stehenden Mitarbeiter des Staatsapparates der DDR im Einzelnen kamen, spielte bei den organisatorischen Überlegungen zur Etablierung der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsstrukturen im Staatsdienst der DDR für den dbb keine Rolle: Für ihn war maßgebend, dass jeder Beschäftigte, also auch jeder Staatsbeschäftigte, die Wahl hatte, sich dort zu organisieren und zu engagieren, wo er seine persönlichen Vorteile am besten gewahrt glaubte. Absprachen seitens des dbb mit dem DGB oder mit der ÖTV, beispielsweise zur Organisation der Angestellten und Arbeiter, hat es nicht gegeben. In den Akten der dbb-Bundesgeschäftsstelle finden sich keinerlei Hinweise auf eventuelle Kontakte. Eine Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen, wie sie seit 2004 zur Fortentwicklung des Berufsbeamtentums und seit 2008 im Rahmen der Einkommensverhandlungen erfolgreich praktiziert wird, gab es damals noch nicht.²⁴

Der Diplom-Historiker und Hauptinitiator des IBB, Helmut Dähncke, wurde am 26. Februar 1990 im Alter von 58 Jahren zum Vorsitzenden des Geschäftsführenden Hauptvorstandes des IBB gewählt und erhielt

einer Partei, nach ausschließlicher Verpflichtung der Arbeit auf Rechtsstaatlichkeit in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis ist zur Maxime unserer Arbeit geworden.“ Der Beamtenbund, 1990, Nr. 5, S.3.

23 Siehe Thomas Kröker/Walter Schmitz: DBB 1945-1983, Düsseldorf 1987, S.56. Eine von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher 1970 eingesetzte „Studienkommission“ von 19 Experten erarbeitete Vorschläge zur Reform des Dienstrechts. DGB und dbb waren darin mit jeweils zwei Verbandsrepräsentanten vertreten. Schließlich standen ein vom DGB favorisiertes „Gesetz-/Tarifmodell“ und ein vom dbb bevorzugtes „Gesetzmodell“ zur Entscheidung. Die Kommission sprach sich schließlich mehrheitlich für das Gesetzmodell mit Berufsbeamtentum ohne Streikrecht aus. Genscher legte daraufhin keinen Gesetzesentwurf zur Änderung des Dienstrechts und zur Abschaffung des Berufsbeamtentums vor. Alle weiteren Versuche, das Berufsbeamtentum einzuschränken oder abzuschaffen, scheiterten bis heute. Die Übertragung der westdeutschen Verwaltungsstrukturen einschließlich des Berufsbeamtentums auf das Beitrittsgebiet hat die Institution stattdessen gestärkt.

24 Zur gemeinsamen Vorgehensweise: die Stellungnahme von dbb und ver.di zum Strukturreformgesetz für den öffentlichen Dienst siehe: Entwurf eines Strukturreformgesetzes: Neue Wege im öffentlichen Dienst, in: dbb magazin, 2005, Nr. 5, S.6f. Im Oktober 2004 hatten ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und dbb-Chef Peter Heesen gemeinsam mit Bundesinnenminister Otto Schily das Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ vorgestellt. Zu den gemeinsamen Tarifverhandlungen siehe dbb magazin, 2011, Nr. 1/2, S.5.

vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft für seine gewerkschaftliche Tätigkeit eine Teilfreistellung vom Dienst, was gleichbedeutend mit einer Anerkennung der neuen Organisation zu setzen ist. Im Lauf der folgenden Wochen fanden zahlreiche Gespräche statt mit dem Ziel, nach innen die Organisationsstrukturen zu festigen und nach außen für die Einführung des Berufsbeamtentums zu wirken. Da aufgrund der Volkammer-Wahlen in der DDR am 18. März 1990 und der konzeptionellen Arbeit am Einigungsvertrag keine Änderungen seitens der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR am eingeschlagenen Weg (Übertragung der westlichen Verwaltungsstrukturen einschließlich des Berufsbeamtentums) vorgenommen wurden, nutzte der IBB die Zeit bis zur Gründungsveranstaltung des GBB zu politischen Gesprächen und zur intensiven Mitgliederwerbung.²⁵

Am 2. April 1990 fand in diesem Zusammenhang das erste Gespräch mit dem Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Peter-Michael Diestel, statt. Dieser vertrat die Auffassung, dass ein unparteiisches, auf Recht und Gesetz verpflichtetes Berufsbeamtentum auch in der DDR die Grundlage für den Aufbau einer rechtsstaatlichen und bürgerfreundlichen Verwaltung bilde.²⁶ Ähnlich äußerten sich Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl anlässlich der Unterzeichnung des Staatsvertrags am 19. Mai 1990 in Bonn gegenüber DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière sowie Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble am 4. Mai 1990 in einer Ansprache vor dem dbb-Bundeshauptvorstand in Cuxhaven: „Das öffentliche Dienstrecht muß [...] als Kernpunkt für den im Zuge des Einigungsprozesses zu verwirklichenden öffentlichen Dienst in Deutschland jetzt mit einer Grundsatzentscheidung für das Berufsbeamtentum auch in der DDR geregelt werden.“²⁷

In den folgenden Wochen führte der IBB, unterstützt von Juristen der dbb-Bundesgeschäftsstelle, Informations- und Werbeveranstaltungen in allen größeren Städten der DDR durch. In Berlin und Bonn fanden regelmäßige Strategiesitzungen und Schulungsveranstaltungen für die neuen Amtsträger statt.²⁸

Am 24. Juni 1990 konstituierte sich der „Gewerkschaftsverband Beamtenbund der DDR“ (GBB). Die Geschäftsstelle befand sich in der Niederwallstraße 1-5, 1080 Berlin. Die 231 stimmberechtigten Delegierten

25 Mitte Juni 1990 gehörten dem IBB bereits über 50.000 beitragszahlende Mitglieder an. Siehe dazu Handakten der dbb-Bundesgeschäftsstelle, GB 6, Mitgliederstatistiken.

26 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 6, S.1, Nr. 5, S.1.

27 Siehe ebenda, S.1, 16f.

28 Siehe Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, S.53f.

wählten in der Kongresshalle am Berliner Alexanderplatz erneut Helmut Dähncke zum Vorsitzenden.²⁹ In seiner Rede vor dem Plenum erklärte Dähncke, der Vereinigungsprozess von GBB und dbb müsse zeitlich und rechtlich weiterhin in den Gesamtrahmen des allgemeinen Vereinigungsprozesses eingepasst werden. Zugleich sei es intern notwendig, starke Landesorganisationen und Fachgewerkschaften zu bilden, deren Protagonisten sachkundig an den in der DDR anstehenden Tarifverhandlungen und Personalratswahlen teilnehmen könnten. Die ausdrückliche Teilnahme des GBB an den Wahlen und an den Tarifverhandlungen hatte der für den öffentlichen Dienst zuständige Minister Klaus Reichenbach bereits in einem Grußwort auf dem Gründungskongress zugesagt.³⁰

Der GBB fasste ebenfalls bereits auf seinem Gründungskongress den Beschluss, den Eintritt in den dbb zu beantragen und sich je nach struktureller Entwicklung der DDR nach dem Beitritt zur Bundesrepublik in Bundesländer-Landesbünde aufzuspalten. Der GBB war damit von vornherein eine Zwischenlösung, ein Interimsverband, der letztlich nur so lange existieren würde, bis die staatsrechtliche Ausgestaltung des Beitrittsgebiets entschieden war.

Der dbb bereitete die Aufnahme des GBB satzungsrechtlich vor: Am 24. September 1990 fasste er auf seiner turnusgemäßen Herbstsitzung des Bundeshauptvorstands den Beschluss, weitere Landesbünde in den Dachverband aufzunehmen.³¹ Damit ließ der dbb die Option offen, um wie viele Landesbünde es sich handeln würde: entweder (zunächst) um den GBB als Landesbund für die Gesamt-DDR als Bundesland oder um mehrere Landesbünde gemäß der Zahl der neuen Bundesländer.

Am 25. September 1990 – eine Woche vor der Deutschen Einheit – fasste der dbb-Bundeshauptvorstand dann in einer Sondersitzung in Ostberlin den einstimmigen Beschluss, der vom GBB beantragten Aufnahme in den Dachverband – als Landesbund für das Territorium der DDR – zuzustimmen. Sie wurde in einer anschließenden Feierstunde unter Beteili-

29 Siehe *Der Beamtenbund*, 1990, Nr. 7/8, S.1. Stellvertreter wurden Edward Döffinger (Diplom-Ökonom), Wolfgang Hey (Diplom-Ökonom), Rainer Morgenroth (Fachlehrer für Deutsch/Geschichte) und Lothar Resch (Lokführer).

30 Siehe ebenda. Der GBB gab mithilfe des dbb für die anstehenden Personalratswahlen zahlreiche Flugblätter, Info-Flyer und Aushänge für die Schwarzen Bretter heraus. Originalexemplare dieser GBB Aktuell-Serien finden sich in: Handakten der dbb Bundesgeschäftsstelle des dbb, Berlin, GB 6, Drucksachen 1990/1991. Bei den Tarifverhandlungen mit dem Ministerrat seit Juli 1990 wurde der GBB von einer Delegation unter Leitung von Wolfgang Gäbler vertreten. Siehe *Der Beamtenbund*, 1990, Nr. 9, S.4.

31 Siehe Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, S.52f.

gung von Regierungsvertretern vollzogen.³² Im Vorfeld ihrer organisatorischen Vereinigung hatten dbb und GBB ihre gemeinsamen Grundsatzpositionen zur Zukunft des öffentlichen Dienstes nochmals aufeinander abgestimmt und entsprechende Initiativen gegenüber den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR ergriffen. Kernforderungen waren nach wie vor der Aufbau einer in Struktur und Umfang dem öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik entsprechenden Verwaltung und die Einführung des Berufsbeamtentums im Gebiet der DDR.³³ Die Anregungen und Vorschläge waren in den Anfang August von den Verhandlungsdelegationen der beiden deutschen Regierungen veröffentlichten Entwurf des Einigungsvertrags eingeflossen.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland war die politische Einheit Deutschlands vollendet. Organisationspolitisch galt es nun für den dbb, entsprechend dem Auftrag des Bundeshauptvorstandes im wiedervereinigten Deutschland auch die Dachorganisation dbb über Landesbünde, gemäß der föderalen Struktur der Bundesrepublik, in den neuen Bundesländern zu etablieren. Deshalb traten dbb und der Interims-Landesbund GBB, der für das gesamte Staatsgebiet der DDR gegründet worden war, bis zu seiner Aufspaltung in Landesbünde weiterhin in gemeinsamen Informationsschriften und Flyern (DBB Aktuell – GBB Aktuell) für die Ernennung von Berufsbeamten ein und gewannen neue Mitglieder, indem sie über Rechtslage, Beamtenversorgung und Einkommen, deren Angleichung Ost an West nach Auffassung des dbb nach einer „kurz bemessenen Übergangszeit“ erfolgen sollte, informierten.³⁴ Der dbb-Bundeshauptvorstand beschloss am 3. Mai 1991 in einer feierlichen Sitzung in Saarbrücken einstimmig die Aufnahme der fünf aus dem GBB hervorgegangenen Landesbünde für die neuen Bundesländer, so dass dem dbb nunmehr 16 Landesbünde angehören. Die Landesbund-

32 Siehe dazu Der Beamtenbund, 1990, Nr. 10, S.1, 10, 16f. Anwesend waren unter anderem die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Dorothee Wilms, und Staatssekretär Dr. Lothar Moritz vom Amt des Ministerpräsidenten der DDR sowie Vertreter der Bundestagsparteien CDU, FDP, SPD und DIE GRÜNEN sowie der Volkskammerfraktionen CDU/DA, FDP und DSU.

33 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 9, S.1 sowie S.9f. Die Medien berichteten ausführlich über die Forderungen, die Werner Hagedorn und Helmut Dähncke der Bundespressekonzferenz Mitte Juli 1990 in Bonn vorstellten. Siehe dazu Presseschau, ebenda, S.25.

34 Siehe dazu Originalexemplar des Flugblatts „DBB Aktuell – GBB Aktuell: Verbeamtung – ein lohnender Schritt“, in: Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, Berlin, GB 6, Drucksachen 1990/1991. Zur Angleichung der Einkommen Ost an West im öffentlichen Dienst, die erst zum 1. Januar 2011 erfolgte, siehe Uwe Tillmann: Rund ums Geld im öffentlichen Dienst, 14. Aufl., Bottrop 2011, S. 50-52.

vorsitzenden Hans-Joachim Kernchen (Brandenburg), Horst Brüning (Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Werner Eckard Böhm (Sachsen-Anhalt), Hagen Grothe (Sachsen) und Andreas Witschel (Thüringen) erhielten als symbolische Geschenke jeweils eine Tagungsglocke mit der Gravur „Mit jedem Glockenschlag ergeht der Ruf zur Solidarität“ sowie eine dbb-Fahne. Damit war auch im Bereich des Beamtenbundes der Wiedervereinigung Deutschlands entsprechend den föderalen Strukturen Rechnung getragen.³⁵

Helmut Dähncke und Matthias Renger, die die Entwicklung zu einer einheitlichen Interessenvertretung für den öffentlichen Dienst und die Beamten in Ost- und Westdeutschland initiiert hatten, übernahmen innerhalb der neu geschaffenen Organisationsstruktur keine Leitungsfunktionen. Dähncke zog sich nach der Aufgliederung des GBB in dbb-Landesbünde gemäß der Länderstruktur im Beitrittsgebiet aus Altersgründen aus der aktiven Gewerkschaftsarbeit zurück. Renger, der über großes Organisationstalent verfügte, aber kein guter Redner war, fungierte auf eigenen Wunsch noch einige Jahre als Geschäftsführer des dbb-Landesbundes Brandenburg in der sogenannten „zweiten Reihe“.³⁶

Allgemein ging es in der Folgezeit darum, die organisationspolitischen Entscheidungen abzustimmen und dafür Sorge zu tragen, dass die neuen Landesbünde und ihre Fachgewerkschaften sich zügig zu funktionsfähigen und eigenständig agierenden Spitzenorganisationen auf Landesebene entwickeln. Die dbb-Bundesleitung hat in Abstimmung mit den zuständigen Mitgliedsgewerkschaften die verschiedenen Aktionen in die Wege geleitet oder unterstützt. Den Landesbünden wurde eine finanziell sichere

35 Am 16.3.1991 wurde in Schwerin der Deutsche Beamtenbund – Landesbund Mecklenburg Vorpommern - (Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes) gegründet, am 6.4.1991 in Dresden des Sächsische Beamtenbund im Deutschen Beamtenbund (SBB) – Landesbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Am 13.4.1991 fand in Erfurt der Gründungsgewerkschaftstag des Thüringer Beamtenbundes im Deutschen Beamtenbund (TBB) – Landesbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – statt. In Potsdam gründete sich am 20.4.1991 der Deutsche Beamtenbund – Landesbund Brandenburg – (Landesbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes). Schließlich fand am 27.4.1991 der Gründungsgewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes – Landesverbund Sachsen-Anhalt – (Landesbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes) in Magdeburg statt. Damit bestand Ende April 1991 in allen neuen Bundesländern eine solide Basis für die Fortsetzung der gewerkschaftlichen Arbeit. Siehe Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, S.53. Zur Aufnahme der Landesbünde Ost in den dbb siehe Unter einem Dach, in: DBB Magazin, 1991, Nr. 6, S.6f. Die Zahl der Mitglieder in den neuen Bundesländern gab der dbb mit circa 200 000 an. Siehe ebenda.

36 Siehe dazu Dähncke, Aus eigenem Entschluss, S.74. Auf dem dbb-Bundesvertretertag vom 5. bis 7. November 1991 in Mainz hielt Dähncke seine Abschiedsrede.

Basis geschaffen, das notwendige Personal – ausschließlich aus Bewerbern aus den Neuen Ländern angeworben – vom dbb eingestellt und zu den Landesbünden abgeordnet.³⁷ Ende 1994/Anfang 1995 übernahmen die Landesbünde die Mitarbeiter selbst. Die Integration des Interessenverbandes Beamtenbund der DDR (IBB) über den Gewerkschaftsverband Beamtenbund der DDR (GBB) in den Deutschen Beamtenbund (DBB) war abgeschlossen.

37 Die Geschäftsführer und Mitarbeiter der neuen Landesbünde wurden in der Bundesgeschäftsstelle des dbb in Bonn und in der dbb-Akademie in Königswinter-Thomasberg geschult und auf ihre Aufgaben im administrativen wie im politischen Bereich vorbereitet. Eine neu eingerichtete – später wieder aufgelöste – Stabsabteilung in der Bundesgeschäftsstelle des dbb für die Neuen Länder koordinierte und unterstützte den Weg der neuen Landesbünde in die politische Selbstständigkeit. Siehe dazu und zu den zahlreichen dbb-Veranstaltungen in den neuen Ländern Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, S.53f.